



Fotos: creative commons

Ein Tag zwischen Wut und Hoffnung

Die Blockupy-Proteste am 18. März in Frankfurt waren kraftvoll und vielfältig. Aber die mediale Berichterstattung spielte den Wenigen in die Hände, die zum Krawall machen gekommen waren

Die sensationsheischenden Meldungen und moralinsauren Reflexe sind so bekannt wie ermüdend: Von einem ungeahnten Ausmaß der Gewalt, wie es Frankfurt noch nie erlebt habe, war auf allen Sendern die Rede – eine im Lichte der Häuserkämpfe der 1970er Jahre und der Auseinandersetzungen um die Startbahn West in den 1980er Jahren ziemlich abwegige These. Medienvertreter_innen und Politiker_innen, welche die, bis dato stets friedlichen, Blockupy-Proteste gegen die in Europa herrschende Krisenpolitik in den zurückliegenden Jahren entweder ignoriert oder nur als mögliches Sicherheitsrisiko wahrgenom-

men hatten, empörten sich nun darüber, dass die inhaltliche Debatte um die Rolle der EZB durch die Ausschreitungen an den Rand gedrängt werde. Dabei wurde angesichts der in Endlosschleifen wiederholten Bilder von lodernnden Polizeifahrzeugen und Tränengasschwaden natürlich sofort ein „Brennpunkt“ zur besten Sendezeit eingerichtet. Sogar eine aktuelle Stunde des Bundestages wurde anberaumt, um das Entsetzen über die angeblich neue Qualität der Gewalt als politische Waffe gegen die Partei DIE LINKE, die (wie auch gewerkschaftliche Initiativen) zu den Protesten mit aufgerufen hatte, zu wenden.

Es ist eine zynische Aufmerksamkeitsökonomie, die hier befeuert wird. Denn erst die selektive Wahrnehmung der in Wahrheit sehr vielfältigen und kreativen Aktionen macht es den Organisatoren von Blockupy so schwer, ihre Strategie des zivilen Ungehorsams gegenüber dem Militanz-Fetisch einer kleinen Minderheit innerhalb der Bewegung durchzusetzen. Deren zentrales Argument ist nämlich stets, dass ohne flammende Bilder ohnehin niemand hinschaut.

Umso ärgerlicher ist es, wenn das Blockupy-Bündnis dann auch noch für die Eskalation verantwortlich gemacht wird. Im Mittelpunkt der Berichterstat-

tung stand nahezu durchgängig die Frage, in welchen Nuancen und Abstufungen sich die Organisator_innen von den Ausschreitungen distanzieren. Auch das ist ermüdend, weil von vorne herein klar war, dass Blockupy erneut einen Aktionskonsens propagiert hatte, der Blockaden und Störaktionen anlässlich der Eröffnung des neuen EZB-Gebäudes vorsah, gewaltsame Aktionen aber dezidiert ausschloss. Dahinter steht ein Lernprozess der linken Bewegungen: Über Jahre hinweg ist es bei Großprotesten immer häufiger gelungen, die Beteiligten Spektren übergreifend zur Einhaltung friedlicher Aktionskonsense zu bewegen. Das schließt an eine lange und ehrwürdige Tradition der Protestkultur an, die mit Namen wie Martin Luther King und Gandhi verknüpft ist und die unter hohem persönlichen Einsatz bewusst jene dramatischen Bilder liefert, die es braucht, um Themen zu setzen und vernachlässigte Konflikte zuzuspitzen. Dass ein Teil der Angereisten in

diesem Jahr mit anderen Absichten kommen würde, ließ sich schon im Vorhinein erahnen. Das ist im Ergebnis ärgerlich, denn es wirkt diskreditierend, erleichtert zukünftige Repressionen und wirkt auf viele Menschen abschreckend.

Es spricht für das Blockupy-Bündnis, dass dessen Sprecher_innen dies einerseits aussprachen, gleichzeitig aber nicht bereit waren, die mediale Fixierung auf die Gewaltfrage und die Forderung nach pauschaler Distanzierung von jeglicher Regelübertretung mitzumachen. Stattdessen korrigierten sie nicht nur breit kolportierte Falschmeldungen, wie etwa die von einem angeblichen Angriff auf eine Unterkunft für jugendliche Flüchtlinge. Sie betonten auch zu Recht, dass es angesichts der Verheerungen, die die Austeritätspolitik in vielen Ländern Europas angerichtet hat, nicht verwunderlich ist, wenn es zu Unruhen kommt. In Griechenland, Spanien oder Italien, von wo viele der mehrheitlich jungen

Demonstrant_innen angereist waren, ist das schon seit langem und oft in ganz anderen Dimensionen bittere Realität. Womöglich ist es überfällig, dass dies auch im Herzen des europäischen Krisenregimes zur Kenntnis genommen wird.

Es sei an dieser Stelle auch kurz daran erinnert, wie die Innenbehörden 2012 und 2013 mit Blockupy umgesprungen waren (vgl. hierzu hlz 5-6/2012). Trotz der völligen Abwesenheit von Gewalt seitens der Demonstrierenden waren pauschale Demoverbote ausgesprochen und bereits die Anreise von der Polizei massenhaft behindert worden. Hunderte wurden vorsorglich in Gewahrsam genommen und mit Platzverweisen für die gesamte Innenstadt belegt. Die Großdemonstration von rund 30.000 Menschen 2013 wurde nach wenigen hundert Metern ohne nachvollziehbaren Anlass gewaltsam von der Polizei gestoppt, fast 1000 Demonstrant_innen an der Spitze des

Fortsetzung Seite 28



Keine Fahrt ins Blaue

Griechenland nach der Wahl – Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa

Der politische Erdbeben in Griechenland ist eine Chance nicht nur für dieses krisengeschüttelte Land, sondern auch dafür, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU grundsätzlich zu überdenken und zu korrigieren.

Wir unterstreichen erneut die von Seiten der Gewerkschaften in den zurückliegenden Jahren vielfach geäußerte Kritik: Die entscheidenden Bedingungen, unter denen die finanziellen Hilfen für Griechenland gewährt werden, hatten von Anfang an nicht die Bezeichnung »Reform« verdient. Die Milliarden, die nach Griechenland geflossen sind, wurden vor allem für die Stabilisierung des Finanzsektors verwendet. Gleichzeitig wurde das Land mit einer brutalen Kürzungspolitik in die tiefste Rezession und damit zugleich in die höchste Staatsverschuldung der gesamten EU getrieben. Die Folge ist eine soziale und humanitäre Krise ohne Beispiel in Europa: Ein Drittel der Bevölkerung lebt in Armut, soziale Absicherungen wurden massiv geschwächt, der Mindestlohn um 22% gesenkt, das Tarifvertragssystem und andere Schutzrechte für noch Beschäftigte demontiert, und ausgerechnet die unteren Einkommensgruppen wurden zusätzlich steuerlich belastet. Die Arbeitslosigkeit liegt jetzt bei 27%, unter Jugendlichen sogar bei über 50%. Vielen Menschen fehlen ausreichende Mittel für Nahrung, Strom, Heizung und Wohnung. Ein großer Teil der Bevölkerung hat keine Krankenversicherung mehr und bekommt nur noch in Notfällen Zugang zu ärztlicher Versorgung. Das Wahlergebnis ist ein vernichtendes Urteil über diese verfehlte Politik.

Mit Reformen, die an den tatsächlichen Problemen Griechenlands ansetzen, hatte all dies nichts zu tun. Keines der strukturellen Probleme des Landes wurde gelöst, es wurden aber zusätzliche geschaffen. Es war eine Politik des Abbaus, nicht des Aufbaus. Wirkliche Strukturreformen, die diesen Namen verdienen, bahnen Wege zu neuen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des Landes, anstatt eine hochqualifizierte junge Generation ins Ausland zu vertreiben. Wirkliche Strukturreformen machen ernst mit der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht. Wirkliche Strukturreformen bekämpfen Klientelpolitik und Korruption bei öffentlichen Aufträgen. Die neue griechische Regierung ist herausgefordert, ihre eigenen Wiederaufbau- und Entwicklungsprojekte vorzulegen, die Teil eines »Europäischen Investitionsplanes« werden müssen, wie er seit langem von den Gewerkschaften gefordert wird, und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass derartige Projekte Früchte tragen können.

Mit der neuen griechischen Regierung muss ernsthaft und ohne Erpressungsversuche verhandelt werden, um dem Land eine wirtschaftliche und soziale Perspektive jenseits der gescheiterten Austeritätspolitik zu eröffnen. Dies gilt insbesondere für die mit der bisherigen, jetzt abgewählten Regierung vereinbarten zerstörerischen Auflagen, unter denen die internationalen Kredite bislang gewährt wurden. Europa darf nicht auf der Fortsetzung einer Politik zu Lasten der Bevölkerung beharren, die von der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler unmissverständlich abgelehnt wird. Ein »Weiter so« darf es nicht geben!

Die Abwahl der für die bisherige Politik in Griechenland Verantwortlichen ist eine demokratische Entscheidung, die auf europäischer Ebene respektiert werden muss. Die neue Regierung braucht eine faire Chance. Wer jetzt die Fortsetzung des bisherigen, so genannten Reformkurses verlangt, spricht faktisch der griechischen Bevölkerung das Recht auf eine demokratisch legitimierte Neuorientierung der Politik in ihrem Land ab. Und wenn hinzugefügt wird, eine solche Neuorientierung sei allenfalls möglich, wenn Griechenland aus der Europäischen Währungsunion ausscheide, werden die europäischen Institutionen für unvereinbar mit demokratischen Entscheidungen in den Mitgliedsländern erklärt. So erhalten die erstarkenden nationalistischen Strömungen in Europa zusätzlichen Rückenwind.

Die vielfach beklagten, doch immer noch nicht überwundenen demokratischen Legitimationsdefizite auf europäischer Ebene dürfen nicht zusätzlich durch die Einschränkung der Demokratie in den Mitgliedsländern zementiert werden. Vielmehr muss, wie viele von uns 2012 in dem Aufruf »Europa neu begründen« hervorgehoben haben, die Demokratie auf EU-Ebene gestärkt werden, wenn dem europäischen Projekt neue Glaubwürdigkeit gegeben werden soll. Das europäische Projekt wird nicht durch Spardiktate gestärkt, sondern nur durch die demokratische Initiative von unten für wirtschaftlichen Wiederaufbau und mehr soziale Gerechtigkeit.

Diese Initiative muss jetzt im Interesse der Menschen in Griechenland unterstützt werden. Sie gibt zugleich neue Anstöße für einen politischen Kurswechsel in Europa. Der politische Umbruch in Griechenland muss zu einer Chance für ein demokratisches und soziales Europa gemacht werden!

www.europa-neu-begrunden.de

Erstunterzeichnende

Reiner Hoffmann, DGB • Frank Bsirske, ver.di • Robert Feiger, IG BAU • Alexander Kirchner, EVG • Michaela Rosenberger, NGG • Marlis Tepe, GEW • Michael Vassiliadis, IG BCE • Detlef Wetzel, IG Metall

Zuges blieben über rund 6 Stunden eingekesselt und wurden schließlich ausnahmslos abgeführt. Hunderte innerhalb und außerhalb des Kessels wurden immer wieder mit Pfefferspray und Schlagstöcken traktiert, wobei auch zahlreiche Journalist_innen von der Polizei verletzt wurden. Selbst für überzeugte Pazifist_innen war diese Ohnmachtserfahrung schwer erträglich. Man sollte sich diese Vorgeschichte vergegenwärtigen, wenn man nun nach den Gründen für die Krawalle fragt.

Aber vielleicht sollte man auch einfach mal über anderes reden. Zum Beispiel darüber, dass die enorme Macht der Banken und Vermögenden – die wohl offensichtlichs-te aller Krisenursachen – nicht nur unge-

Aber vielleicht sollte man auch einfach mal über anderes reden. Zum Beispiel darüber, dass die enorme Macht der Banken und Vermögenden nicht nur ungebrochen fortbesteht, sondern sogar wieder wächst.

brochen fortbesteht, sondern sogar wieder wächst. Der neuerliche Boom an den Aktienmärkten, dem jedes realistische realwirtschaftliche Fundament fehlt, bereitet selbst hart gesottene Neoliberalen Kopfzerbrechen. Die Billionen, die die EZB an die Banken verteilt, werden überwiegend nicht in Investitionen umgesetzt, weil die öffentliche und private Nachfrage in vielen EU-Ländern infolge der Austeritätspolitik regelrecht zusammengebrochen ist. Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der EU wachsen weiter, nicht zuletzt wegen der deutschen Dumpinglohn- und Exportstrategie. Sie bereiten den Boden für neue Krisen. Das Elend in griechischen Krankenhäusern, die extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit

oder das Schicksal der Millionen, die in Spanien ihre Wohnungen verloren haben und in tiefe Schulden gestürzt worden sind, die Zerstörung von sozialstaatlicher Infrastruktur und Arbeitnehmerrechten – all das ist nichts anderes als eine Bankrotterklärung der viel beschworenen „europäischen Wertegemeinschaft“.

Der schlimmste Schaden aber, den Schäuble, Draghi und Co. anrichten, besteht wohl darin, dass sie die Mechanismen der parlamentarischen Demokratie aushebeln. Viele EU-Staaten erleben einen spektakulären Einbruch an politischer Legitimation (insbesondere der Sozialdemokratie). Vor allem der Umgang mit der SYRIZA-Regierung, die laut jüngsten Umfragen von rund 70 Prozent der Menschen in Griechenland unterstützt wird und die für die linken Bewegungen in Europa zum Kristallisationspunkt der Hoffnung auf Wandel geworden ist, sorgt für tiefe Verbitterung. Selbst die Minimalforderungen, die schlimmsten Auswüchse der humanitären Notlage zu bekämpfen und Luft für die Umsetzung wirklicher Reformen (etwa im Bereich der Steuereintreibung) zu erhalten, werden bisher abgeschmettert. Die EZB hat sogar den Geldhahn für die griechischen Banken zuge-dreht, indem sie griechische Staatsanleihen neuerdings nicht mehr als Sicherheiten anerkennt. Der oberlehrerhafte Ton der deutschen Politik und Berichterstattung ist schlicht unsäglich, wird mit ihm doch eine Politik verteidigt, deren Scheitern geradezu himmelschreiend offensichtlich ist. Die vielen überzeugenden Vorschläge von SYRIZA für einen neuen Umgang mit der Verschuldungskrise werden ignoriert, um stattdessen über den unkonventionellen Dresscode und den (wahrscheinlich virtuellen) Mittelfinger des griechischen Finanzministers zu lamentieren. Die Forderung nach

einer europäischen Schuldenkonferenz und einem europäischen Investitionsprogramm, das diesen Namen verdient hat, auch nach der überfälligen

Der schlimmste Schaden aber, den Schäuble, Draghi und Co. anrichten, besteht wohl darin, dass sie die Mechanismen der parlamentarischen Demokratie aushebeln.

Harmonisierung der Steuer-, Sozial- und Lohnpolitik weisen in eine Richtung, die auch von den Spitzen der deutschen Gewerkschaften angemahnt, aber leider nicht offensiv genug vertreten wird. Es ist ein im besten Sinne europäisches Programm, das in Athen vorgeschlagen wird. „Anti-europäisch“ ist dagegen die Austeritätspolitik, die wesentlich dazu beiträgt, dass der Glaube an die Gültigkeit demokratischer Grundwerte schwindet und Parteien wie der Front National die politische Landschaft in Europa umpflügen.

Blockupy ist insofern kein bloßes Protestevent, sondern Teil einer sich zuspitzenden Auseinandersetzung, die mit gutem Recht historisch genannt werden kann. Europa steht faktisch am Scheideweg, so sehr die EZB mit ihrer Geldschwemme auch weitere Zeit kaufen und neue Spekulationsblasen befeuern mag. Die europäischen Eliten haben bisher keine tragfähige Strategie zur Lösung der größten kapitalistischen Krise seit Anfang der 1930er Jahre. Die Kriege und Flüchtlingsströme an den Rändern Europas sollten uns daran erinnern, dass dabei viel mehr auf dem Spiel steht, als die ohnehin verlorenen und unnötig zur Stützung maroder Banken verschleuderten Schulden des kleinen Griechenland.

MAX LILL